

Diese Zeitung erscheint täglich zwei Mal.
Morgens 8 Uhr und Abends 6 Uhr.
Vierjährlicher Abonnementspreis für Stettin 1 Thlr. 10 Sgr.
mit Botenlohn 1 Thlr. 17 Sgr. 6 Pf.
Für Pommern und das übrige Deutschland 1 Thlr. 11 Sgr. 6 Pf.

Stettiner



Abend-Ausgabe.

Bestellungen nehmen alle Postämter an.
Für Stettin: die Graßmann'sche Buchhandlung,
Schulzenstraße Nr. 341.
Redaction und Expedition daselbst.
Insertionspreis: Für die gespaltene Petitzeile 9 pf.,
für Auswärtige 1 Sgr.

Zeitung.

No. 6.

Freitag, den 4. Januar.

1856.

Die Feuersgefahr in Stettin. *)

Die in No. 2 dieser Zeitung enthaltene Aufforderung zur Errichtung einer Feuerweh in Stettin hat beim Publikum eine verschiedenartige Aufnahme gefunden. Während ein Theil desselben die Zweckmäßigkeit des Vorschlages anerkennt, meint ein anderer Theil, daß man von einem Extrem zum anderen gehe, daß die angebrohte Gefahr keine so große und naheliegende sei, um zu ihrer Abwendung eines so kostspieligen Mittels, wie es die Feuerweh ist, zu bedürfen. Man meint, daß es wohl genügen werde, wenn angeordnet würde, daß da, wo zwischen den Grundstücken die trennenden Brandmauern noch fehlen, namentlich zwischen den Speicheranlagen an der Speicherstraße, verglichen ausgeführt werden. Man hofft, dadurch ein ausbrechendes Feuer in einem geringen Umfange zu erhalten.

Man fußt auf der Vergangenheit, und so, gert daraus, daß, weil es bisher gelungen, die vorgekommenen Brände auf einzelne Grundstücke zu beschränken, dies als Beweis für die Zweckmäßigkeit der Löschvorrichtungen gelten müsse und die Einrichtung einer Feuerweh eine übertriebene und dazu sehr kostspielige Vorsichtsmaßregel sei. Wer sich für die Sache interessirt, der wird alle diese Einwendungen der Beachtung werth halten, denn sie beweisen, daß die Anregung zur Errichtung einer Feuerweh beim hiesigen Publikum nicht spurlos vorübergegangen ist.

Indem wir auf die angeführten Bedenken eingehen, so geben wir zuvörderst zu, daß Brandmauern ein sehr gutes Schutzmittel gegen die Weiterverbreitung von kleineren Bränden sind. In der Speicherstraße wird sich jedoch der Errichtung derselben das Hinderniß entgegenstellen, daß die, vorzugsweise zu Getreidespeichern benutzten Speicher rings herum der Lufen bedürfen.

Indessen könnte man hier die Errichtung von Brandmauern dadurch theilweise ersehen, daß auf jedem der vorstehenden Grundstücke eine Anzahl Mauersteine vorrätig gehalten würde, um mit denselben bei entstehendem Feuer die in den Umfassungswänden der Speicher befindlichen Lufen auszufüllen. Bei dem letzten Speicherbrande in Königsberg hat sich diese Maßregel als sehr wirksam erwiesen.

Als einen, unter allen Umständen völlig ausreichenden Schutz gegen die Verbreitung des Feuers kann man indessen die Brandmauern nicht gelten lassen. Hat erst ein durch zahlreichem Brennstoff genährtes, und durch Sturm angefachtes Feuer einen gewissen Umfang erreicht, dann wird es durch Brandmauern nicht mehr aufgehalten. Im Innern der Stadt Memel waren fast sämtliche Gebäude massiv mit Brandmauern gebaut, namentlich war dies bei der sehr breiten Marktstraße der Fall, und dennoch wurde dieselbe total eingeäschert. Auf das Unterdrücken der Feuer im Entstehen, was doch zuvörderst und vorzugsweise durch die Errichtung der Feuerweh erreicht werden soll, haben Brandmauern aber keinen Einfluß.

Was ferner die Behauptung betrifft, daß die Vergangenheit auf die Zulänglichkeit der Löschmittel schließen lasse, so können wir füglich darauf verzichten, den Beweis der Unhaltbarkeit derselben zu führen. Hat man doch auch in Hamburg einen umfassenden Brand für unmöglich gehalten, und in Danzig erachteten es eine nicht unbedeutende Anzahl von Kaufleuten für überflüssig, ihre Waaren auf der Speicherinsel zu versichern, weil es auf derselben seit 150 Jahren nicht gebrannt hatte, und die feuerpolizeilichen Maßregeln mit großer Strenge gehandhabt wurden! Man hat indessen den fünften Theil von Hamburg in Asche sinken sehen, und im Jahre 1848 entstand auf der Danziger Speicherinsel durch Brandstiftung ein Feuer, welches 11 große Speicher und eine Brücke vernichtete, und die Stadt selbst, obgleich dieselbe durch die sehr breite Modlau vom Heerde des Feuers getrennt war, in die allergrößte Gefahr versetzte. Glaubt man denn wirklich, daß Stettin ein ähnliches Unglück nicht zu befürchten habe? Wer einen der oben angeführten Brände oder das Feuer in Memel oder einen der Speicherbrände in Königsberg mit angesehen hat, muß bei dem Gedanken zittern, daß die Lastadie von einer ähnlichen Kalamität betroffen werden könne.

Man möge berücksichtigen, daß von der Wallstraße aus nur wenig Hilfe gebracht werden kann, von der Uferseite aber würde die flammende Spitze der brennenden Getreidelager sehr bald alle Spritzen und Rettungsmannschaften verreiben, und in eine Enfernung verweisen, die eine fräftige erfolgreiche Einwirkung auf das Hemmen des Brandes unmöglich macht. Bei heftigem, ungünstigem Winde würden die in der Dder liegenden Schiffe, die Stadt selbst mit einem Feuerregen brennenden Getreides und

anderer Stoffe überschüttet werden, der die fürchterlichsten Folgen nach sich ziehen könnte.

Soll man vielleicht mit der Errichtung einer Feuerweh warten, bis ein solches Unglück über die Stadt hereingebrochen ist? Würde man dann nicht vielmehr sehr bedauern, die Kosten gescheut, und nicht die Mittel an der Hand gehabt zu haben, das Feuer im Entstehen zu unterdrücken.

Was nun die Kosten anlangt, so würde es allerdings wohl ungerecht sein, dieselben den Hausbesitzern allein aufbürden zu wollen, da den Miethern die Errichtung einer Feuerweh dieselben Vorteile gewährt, wie den Hauseignern.

Würden aber die Kosten auf die gesammte Einwohnerschaft vertheilt, so käme auf den Einzelnen ein so geringfügiger Beitrag, daß derselbe gegen die zu erlangende Beruhigung wahrlich in keinem Verhältnisse stände.

Deutschland.

SS Berlin, 3. Januar. Morgen Freitag den 4. d. M. tritt die Budget-Kommission des Abgeordnetenhauses unter dem Vorsitz des Freiherrn v. Patow zur ersten ordentlichen Sitzung zusammen, nachdem bereits mehrere außerordentliche Sitzungen wegen des nunmehr erledigten v. Kleist-Lychow'schen Antrages stattgefunden hatten. In der morgenden Sitzung werden die für direkte und indirekte Steuern, so wie für das Salzmonopol angelegten Positionen den Gegenstand der Berathung bilden. Nach dem Vorbericht zu dem Staatshaushalts-Etat für das Jahr 1856 darf das Ergebnis desselben als ein günstiges angesehen werden, da es nach den für die Veranschlagung des Etats maßgebenden Grundsätzen möglich gewesen ist, die Einnahmen bei fast allen Verwaltungszweigen zu erhöhen und dadurch die Mittel zu gewinnen, nicht nur einen beträchtlichen Einnahme-Ausfall bei der Restverwaltung und einen bedeutenden Mehrbedarf für die Staatsschuldenverwaltung zu decken, sondern auch die dringendsten Bedürfnisse bei den Staatsverwaltungs-Ausgaben zu berücksichtigen und die Fonds zu nützlichen produktiven Unternehmungen, so wie zu notwendigen Bauten und Anlagen zu verstärken. Mit Ausschluß des schon im vorigen Etat enthaltenen Zuschlags von 25 % zur klassifizierten Einkommen-Steuer, zur Klassen-, Mahl- und Schlachtfleischsteuer, sind andere außerordentliche Hülfsmittel nicht nöthig gewesen. Dieser nach dem Gesetz vom 14. Mai v. J. bekanntlich nur bis zum 1. April 1856 bewilligte Zuschlag hat, wie es heißt, nicht entbehrt werden können, weil auf demselben in dem vorjährigen Etat Ausgaben gegründet worden sind, welche ferner geleistet werden müssen, da sie aus Ueberflüssen der bestehenden Einnahmequellen oder aus Ersparnissen nicht haben gedeckt werden können. Es wird daher die Erwartung ausgesprochen, daß die besonders zu beantragende Forterhebung dieses Steuerzuschlages vom 1. April 1856 ab die gefällige Sanction erhalten werde.

Wenn schon dieser Erwartung, wie sich bei der Majorität der Rechten voraussehen läßt, entsprochen werden dürfte, so ist dies doch nicht eben als eine erfreuliche Aussicht zu bezeichnen, da der qu. Zuschlag zu den genannten direkten und indirekten Steuern sehr drückend auf die Vertheilungsverhältnisse einwirkt und die Durchführung des Status quo ante jedenfalls zu den frommen Wünschen aller Steuerzahlenden gehört. Diese Aussicht des Fortbestehens der Steuererhöhung möchte jedenfalls einen Schatten auf das günstige Ergebnis des Budgets werfen!

Bei den Einnahmen ist, abgesehen von den Rückständen und den hohenzollernschen Landen, eine Erhöhung von 7,199,322 Thlr., und nach Abrechnung der darauf ruhenden Betriebs-, Erhebungs- und Verwaltungskosten, im Betrage von 3,656,468 Thlr. ein Mehr von netto 3,542,854 Thlr. eingetreten.

Von dieser Mehreinnahme bleiben nach Abzug der für die Restverwaltung erforderlichen Summe von 703,220 Thlr. für die allgemeinen Staatsbedürfnisse disponibel 2,839,634 Thlr., davon sind zunächst zu Mehrausgaben bei den Dotationen, insbesondere bei der öffentlichen Schuld erforderlich 1,231,420 Thlr., ferner für den Mehrbedarf bei den Staatsverwaltungs-Ausgaben 631,711 Thlr., welches Ergebnis noch durch den Abzug des Minderbedarfs für das Staats-, Finanz- und Justiz-Ministerium erzielt worden ist. Zur Verstärkung der Fonds zu einmaligen extraordinären Ausgaben sind verwendet 976,503 Thlr., welche Summe zu diesem Zweck in dem diesjährigen Etat gegen den vorjährigen in erhöhtem Verhältnisse steht. Denn überhaupt kommen für außerordentliche Bedürfnisse zum Anlaß 5,538,533 Thlr., während im vergangenen Jahre nur 4,562,030 Thlr. aufgestellt waren. Diese Summe und der Minderbedarf für das Ministerium des Krieges und der auswärtigen Angelegenheiten sind für das Herrenhaus, die übrigen Ministerien und die Marine und zwar hauptsächlich zur Verstärkung der Fonds für Prämiën, Chauffee-Bauten, Telegraphen-Anlagen, Patronats-Bauten, zum Bau und zur Erweiterung von Geschäftslokalen und Gefängnissen und zur Erbauung von Schiffen bestimmt worden. Der Etat für die hohenzollernschen Lande schließt ab mit einer Ein-

nahme von 361,000 Gulden, wovon 330,691 Gulden zu den ordentlichen und 30,309 Gulden zu den außerordentlichen Ausgaben des Landes bestimmt sind. Näheres über die besonders interessanten Positionen des Etats behalte ich mir vor.

Ueber die Neuwahl des Präsidenten des Herrenhauses ist man noch uneinig; man hat als Kandidaten den Grafen Arnim-Boitzenburg und von Seiten der höchsten Aristokratie des Hauses, welche nur der Fürstenwürde die Leitung der Verhandlungen anvertrauen möchte, den Prinzen von Poyenlohe-Zingstingen aufgestellt. Es dürfte kein Zweifel sein, daß Graf Arnim die jedenfalls für die Präsidentur befähigtere Persönlichkeit ist. Auch für den jetzigen ersten Vicepräsidenten Grafen Everhardt zu Stolberg-Wernigerode wird, indessen wohl erfolglos, agitiert; von dem früheren Präsidenten Grafen Miltberg ist indessen gar nicht die Rede.

Ueber die Nachfolge des ausscheidenden Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg, Flottwell, worüber ich Ihnen gestern berichtete, ist heute wieder mit großem Nachdruck eine neue Version erschienen. Es heißt, daß der Oberpräsident der Provinz Brandenburg v. Senfft-Pilsach die Oberpräsidentur der Provinz Brandenburg und von Kleist-Megow die der Provinz Pommern erhalten solle. Der jetzige Regierungspräsident zu Frankfurt a. d. O., v. Selchow, wäre danach gleichfalls zur Uebernahme einer sehr hohen Charge hier in Berlin designiert; ich komme indessen darauf zurück, daß dies Alles vorläufig nur Gerüchte sind.

Se. Maj. der König wohnte vorgestern der auf der Bornstädter Feldmark und im Wildpark stattfindenden Treibjagd bei, zu welcher eine große Jagdgeellschaft geladen war. Nach derselben fand im k. Schlosse in Potsdam ein Diner statt. Später arbeitete Se. Majestät mit dem Ministerpräsidenten und besprach dann mit S. Maj. der Königin die Vorstellung im dortigen k. Schauspielhause mit Allerhöchstherrn Gegenwart.

Es ist Grund zu der Annahme vorhanden, schreibt die Sp. Ztg., daß jedes evangelische Bekenntniß in Preußen demnächst völlig freigegeben werden wird, und verweisen wir deshalb auf den folgenden Bericht über die Sitzung des evangelischen Bundes. — In der vorgestern Abend im Saale der Brüdergemeinde gehaltenen ersten diesjährigen Quartalversammlung des hiesigen Zweiges des evangelischen Bundes konnte man in der That und Wahrheit erfahren, was Union sei. In derselben sprachen die drei Herren: Prediger Runge, Hofprediger Dr. Krummacher und Pastor Wünsche von der Brüdergemeinde, alle drei eins in den Hauptpunkten, verschieden in mehrfachen Nebenbeziehungen; und wiederum eine zahlreiche Versammlung die Erbauung und den Genuß ihrer Vorträge hatte, so wäre zu wünschen gewesen, daß viele Tausende dieselben gehört hätten. Unverkennbar fühlte sich aus der vom Pred. Runge gegebenen Rückschau auf die Geschichte des evangelischen Bundes eine leicht erklärliche Liebe zu dem Lande heraus, welches der Boden des qu. Bundes ist, England. Runge gehörte, so zu sagen, zu dessen Gründern, war noch erfüllt von den Eindrücken, und was war, evangelisch betrachtet, auch natürlicher, als daß er dem Bunde die größte Blüthe wünschte und als sein erwärmter Zuspriecher erschien? Krummacher hielt dafür, daß Deutschland ein gleiches Bedürfnis, wie England, den Bund zu gründen, nicht gehabt, da es in früherer Zeit bei uns nur Lutheraner, Reformirte und Unirte, nicht aber unzählige Kirchengemeinschaften, wie in England, und erst neuerdings Baptisten (auch Methodist, Ref.) gegeben habe; er sprach sich bestimmt als einen Freund seiner Kirche mit der Augustana aus. Dessenungeachtet waren es drei Motive, die ihn bewogen, den evang. Bund mit den besten Wünschen zu begrüßen; dem engstirnigen verdammungswürdigen Konfessionalismus müssen Schranken gesetzt werden; die traurige Zeit, wo Lutheraner Reformirte verdammen, droht, muß aber verhindert werden, wieder zu kommen; dem zugespitzten Begriffe von Kirche, der sich dem römischen Katholicismus nähert und den Priester zur notwendigen Mittelperson zwischen Gott und Menschen macht, und darum brauche der gesunde Patriotismus ein lebendiges Organ. Dies Alles leiste der evangelische Bund, dem der Redner Gleichberechtigung neben dem evangelischen deutschen Kirchentage zusprach. Von großer Tragweite wird die Erfüllung der Aussicht sein, die der Redner allen evangelischen Kirchengemeinschaften in Preußen eröffnete; wie die Altlutheraner, würden demnächst sämtliche Kirchengemeinschaften nicht bloß mehr geduldet, sondern staatsrechtlich anerkannt werden. Prediger Wünsche hielt dann eine Ansprache über die innern Lebensbedingungen des evangelischen Bundes, worauf die Sitzung mit einem vom Vorsitzenden gesprochenen Gebete geschlossen wurde. Wir können sie eine der anziehendsten öffentlichen Versammlungen nennen, deren wir beigewohnt, und es kann nicht fehlen, daß sie, wiederholt, ein immer steigendes Interesse haben werden, wenn mannigfaltige Gaben, wie vorgestern, darin wirksam werden.

Wir erwähnten neulich des Schreibens, welches im Auftrage Sr. Majestät des Königs von dem preussischen Gesandten in London, Grafen v. Bernstorff, als Erwiederung auf die von der Deputation des englischen Bundes Sr. Majestät dem Könige am 3. Oktober v. J. in Köln überreichte Denkschrift an Sir Culling

*) Der Redaction eingesandt.

Cardley in London erlassen ist. Dasselbe hat unter allen Protestanten in England die allgemeinste und freudigste Sensation erregt, und ein neues Band um zwei verwandte protestantische Stämme geschlungen. Dasselbe lautet folgendermaßen:

London, den 14. Dezember 1855. Preussische Gesandtschaft.

Mein Herr
Sie selbst waren Zeuge des Wohlwollens und der Theilnahme, womit der König, mein erhabener Herr, die Deputation des evangelischen Bundes zu Köln empfangen hat. Die Worte Sr. Majestät bedürfen weder der Wiederholung noch der Erläuterung; die Deputation wird daraus die Ueberzeugung gewonnen haben, daß Ihm die Sache des christlichen Lebens und der evangelischen Gewissensfreiheit wahrhaft am Herzen liegt. Gleichwohl gereicht es mir zur Freude, daß ich von dem Könige beauftragt bin, Ihnen in seinem Namen auch schriftlich seine Empfindungen auszudrücken. Zugleich werden Sie mit Befriedigung vernehmen, daß Sr. Majestät eine genaue (scrupulös) Untersuchung hinsichtlich der Unduldsamkeitsfälle, die in seinen Staaten vorgekommen sein sollen, befohlen hat, um sich zu vergewissern, ob seinen wohlwollenden Absichten überall entsprochen wird, und daß der König außerdem seine Repräsentanten bei den Höfen von Kurland, Mecklenburg-Schwerin, Sachsen-Meiningen und Schaumburg-Lippe angewiesen hat, baldmöglichst die Aufmerksamkeit der betreffenden Regierungen auf die von der Deputation angeführten Thatsachen zu lenken, eine Untersuchung derselben von Seiten der betreffenden Regierungen zu veranlassen und bei denselben zu Gunsten einer gegenseitigen und billigen Weise den Baptisten in jenen Ländern zu gewährenden Freiheit Schritte zu thun. Erw. v. wolle das Vorstehende zur Kenntniß der Deputation bringen, und empfangen Sie bei dieser Gelegenheit die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung. (gez.) Graf v. Bernstorff.

Im Anschluß hieran legen wir heute unsern Lefern ein auf dieselben Gegenstände bezüglicher Schreiben vom „engeren Ausschusse des deutschen evangelischen Kirchentages“ vor, welches bei einem unter dem Vorsteher des Grafen Shaftesbury kürzlich in London gehaltenen Meeting zur öffentlichen Kenntniß gebracht wurde. Die evangelische Konferenz zu Paris hatte befohlen, eine Deputation an den König von Preußen und andere deutsche Fürsten zu schicken, um mit dem Ausdruck des Schmerzes über religiöse Verdrüssungen die Bitte zu verbinden, daß allen Zweigen der evangelischen Kirche gestattet werde, Gott nach ihrem Gewissen zu dienen, und daß dieselben in ihrer religiösen Ansicht und Praxis nicht belästigt würden, so lange sie sich keiner Verletzung der öffentlichen Sittlichkeit oder der Staatssicherheit schuldig machen. Denn fast in allen Staaten Deutschlands sind Personen, die nicht zu den betreffenden Landeskirchen gehören, diesen Behelligungen ausgesetzt gewesen; in Mecklenburg, Schaumburg-Lippe, Hessen-Kassel u. s. w. haben deshalb Einforderungen bei Wasser und Brot statt gehabt, oder es sind Strafen, die die Existenz von ganzen Familien gefährdeten, verhängt worden. Im größten Maße ist dies jedoch in Schweden der Fall gewesen; da diese Strafen beispielsweise in einer einzigen Pfarodie nicht weniger als 250 Personen trafen, weil sie ihren Gottesdienst nicht in „lutherischen“ Kirchen, wiewohl dazu gehörend, feierten; und ein Baptistenpastor ist sogar, kraft vom höchsten Gerichtshofe bestätigten Urteils, für immer Landes verwiesen. Katholiken ist jede gottesdienstliche Uebung dafelbst untersagt. War es Recht, eine Deputation nach dem römisch-katholischen Toskana zu Gunsten der Madiars zu schicken, so sind es die Protestanten noch mehr sich und der Ehre des Protestantismus schuldig, ihre Stimme bei protestantischen Regierungen gegen gleiche oder ähnliche Verfahrungsweisen zu erheben. Dies waren die Gesichtspunkte, von denen die evangelische Konferenz geleitet wurde, als sie das Comité der Homburger Konferenz, deren Präsident Graf v. Shaftesbury ist, ersuchte, den deutschen evangelischen Kirchentag zur vertretenden Theilnahme an der Deputation nach Schweden einzuladen, und welche denselben in einem Schreiben vom 16. September v. J. vorgelegt wurde. Der engere Ausschuss des 20. Kirchentags hat darauf folgende Antwort ertheilt:

„Das verehrliche Comité Homburger Konferenz hat durch ein Schreiben des Herrn Dr. Steane vom 16. September d. J. an unsern Vorstehenden den unterzeichneten engeren Ausschuss des deutschen evangelischen Kirchentages eingeladen, sich durch einen Abgeordneten aus seiner Mitte an der Deputation zu betheiligen, welche nach den Beschlüssen der Versammlung evangelischer Christen aller Bekenntnisse und Länder zu Paris von der königlich schwedischen Regierung volle Religionsfreiheit für die sogenannten Lefer erbitten soll. Wir erlauben uns in dieser Beziehung zunächst zu bemerken, daß Bestrebungen, welche dahin zielen, eine absolute und unbedingte Religionsfreiheit überall zur Anerkennung zu bringen, außerhalb der Grundsätze des deutschen evangelischen Kirchentages liegen. Unser Mandat beschränkt sich auf diejenigen, welche auf dem Boden der reformatorischen Bekenntnisse stehen. Dagegen ist der Ausschuss ermächtigt, solchen evangelischen Christen, die um des Namens Christi und seines Bekenntnisses willen Verfolgung leiden, Hilfe zu schaffen, so weit er es vermag. Der vorliegende Fall aber scheint uns nicht von dieser Art zu sein. So weit uns die Verhältnisse der „Lefer“ bekannt geworden, sind es mehr oder weniger zum lebendigen Glauben erweckte Christen der lutherischen Landeskirche, welche in Bethätigung ihres erregteren religiösen Sinnes, und namentlich in Abhaltung von erbauenden Privatversammlungen, durch die zum Theil in Nationalismus und Gleichgültigkeit verfallenen Vorstände ihrer Kirche, so wie durch die bürgerlichen Gewalten behindert werden. So sehr wir nun auch wünschen müssen, daß innere Erweckungen nicht durch Maßregeln äußerlicher Kirchenordnung unterdrückt werden, so können wir uns doch nicht für berufen halten, in solchem Fall, dessen Behandlung vielleicht auch nicht ohne Schwierigkeit ist, in ein fremdes kirchliches Gebiet einzugreifen. Indem wir daher Bedenken tragen, uns an dem Unternehmen zu betheiligen, vertrauen wir, daß was in jener Bewegung von Gott ist, sich auch in dem Feuer der Trübsal bewahren, und durch den Sieg des demüthig ausdauernden Glaubens zur Neubebung der Kirche beitragen wird. Berlin, den 28. Oktober 1855.

Der engere Ausschuss des deutsch-evangelischen Kirchentages. (gez.) Stahl, Hoffmann, Smetshage, Nitsch, v. Mähler, Hengstenberg, Jordan.

Ueber die Auswanderung aus Oberschlesien, so wie über die Maßregeln gegen die polnischen Ueberläufer wird dem „Esz“ von da unterm 27. Dezember Folgendes geschrieben: Während die polnische Bevölkerung aus Oberschlesien scharenweise nach Amerika auswandert, verbreitet sich andererseits unter den Weibern im Riesengebirge ein unwiderstehlicher Haug, nach Ungarn überzusiedeln. Es ist unzweifelhaft, daß den ersten Anstoß hierzu die das hiesige Land durchstreifenden verschiedenen Agenten gegeben haben, welche sich auf alle mögliche Weise bemühen, die hiesige Bevölkerung zur Auswanderung in fremde Länder zu bereiten. Es läßt sich jedoch nicht leugnen, daß die schlesischen Weber, deren Noth bereits den höchsten Punkt erreicht hat, bei ihrer bekannten Arbeitsamkeit im Stande sein würden, sich in Ungarn ein besseres Loos zu bereiten. Ich habe die Bemerkung gemacht, daß, so lockend die Auswanderung nach Ungarn, nach den Donaufürstenthümern und sogar nach der Türkei, den Versicherungen der Agenten zufolge, auch zu sein scheint, die polnische Bevölkerung dennoch einen wahren Widerwillen gegen dieselbe empfindet und sich lieber nach Amerika wendet. Der Grund dieser Erscheinung dürfte darin zu suchen sein, daß sich in Amerika bereits eine ganze Kolonie von Polen aus Oberschlesien befindet, die auf die in der Heimath zurückgebliebenen Landsleute eine gewisse Anziehungskraft ausübt. Die Kontrolle über die polnischen Ueberläufer ist neuerdings wieder bedeutend verschärft worden; mit besonderer Strenge wird aber gegen diejenigen verfahren, welche sich durch ihre Flucht nach Preußen der Aushebung zum Militärdienste entzogen haben. Die Regierungen von Breslau und Oppeln haben an sämtliche Landräthe Verzeichnisse von solchen Ueberläufern gesandt, welche sofort über die Grenze zurückgewiesen werden sollen.

Wforzheim, 31. Dezbr. Die Angelegenheiten der Altlutheraner unserer Gegend scheinen in ein neues Stadium getreten zu sein. Vor einigen Tagen ist ein preussischer Geistlicher, Hr. Rothe, hier angekommen, der, wie der S. M. vernimmt, mit Genehmigung unsrer Regierung die betreffenden Dissidenten, natürlich auf deren Kosten, pastoren und seinen Wohnsitz in Wforzheim nehmen soll. Die Anwesenheit eines Ministerial-Kommissars in unserer Stadt scheint mit dieser Angelegenheit zusammenzuhängen.

Hamburg, 3. Januar. Ein gestern erlassenes Dekret des Senats hebt die Haft des Herrn Julius Campe in Erwägung seiner nachgewiesenen Erbgeissenheit ohne anderweitige Kautionsbestellung auf. In Folge davon ist Herr Campe noch gestern Abend um 10 Uhr wieder in Freiheit gesetzt worden.

Großbritannien.

London, 2. Januar. Die heutige Morning-Post enthält einen halb-offiziellen Leit-Artikel über das Rundschreiben des Grafen Nesselrode. Sie spricht den Glauben aus, Rußland werde das österreichische Ultimatum nicht annehmen. In Folge davon fielen die Konsole bedeutend. Sie stehen in diesem Augenblick auf 87%.

Rußland und Polen.

St. Petersburg, 25. Dezbr. Der General-Stabsarzt der Land-Truppen in der Krim, Dr. Schreiber, hat unter dem 30. November aus Batschissarai einen Bericht über den Zustand des Medizinal-Wesens in der Krim-Armee erstattet, welcher im Allgemeinen überraschend erfreuliche Thatsachen mittheilt. — Interessanter als alle Angaben ist aber eine in dem Bericht ganz zufällig und beiläufig vorkommende Notiz, die ein merkwürdiges Licht auf einen der entscheidendsten Tage dieses Jahres, den 16. August, den Tag des verunglückten Angriffes auf die Fedyuchine-Höhen, zu werfen geeignet ist. Es wird hier nämlich als Beispiel für die außerordentliche Vorsehung des Oberst-Kommandirenden erwähnt, daß an diesem Tage auf den Maclenzie-Höhen Vorbereitungen für die Aufnahme von 40,000 Verwundeten getroffen worden seien, während sonst nur etwa der zehnte Theil davon wirklich habe aufgenommen werden können. Diese Angabe beweist auf das Klarste, daß Fürst Gortschakoff an jenem Tage eine Schlacht im allergrößten Maßstabe, die über das Schicksal der Krim entscheiden sollte, beabsichtigte. Daß sie diese Dimensionen nicht annahm, sondern ein verunglückter Einzel-Angriff wurde, war — ob nun falsche Dispositionen oder der Ungestüm eines Generals die Ursache davon gewesen sein mögen — der nächste Grund, daß Sebastopol drei Wochen später nach noch weit größeren Opfern fiel. (Schles. Jtg.)

Warschau, 31. Dezbr. Der Zustand des Fürsten Paskiewitsch von Warschau ist immer noch besorgnißerregend; auch dessen hier weilender Sohn ist schwer erkrankt.

Türkei.

Konstantinopel, 24. Dezbr. Wie gerüchtweise verlautet, hätte die Pforte die Absetzung Omer Paschas beschlossen, weil derselbe den Angriff auf Kautais ausgegeben und den Rückzug auf Medut Kale angetreten habe (?) — Der französische General Larchey und ein englischer Oberst wohnten dem jüngsten Minister-rathe bei. (H. N.)

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 4. Januar. Dieser Tage ist, wie wir hören, der Neß zwischen der Stadt Stettin und der königl. Kommandantur wegen der Verlängerung des Dampfschiffs-Vollwerks abgeschlossen worden. Nach demselben soll die Arbeit von der Militär-Behörde in Angriff genommen werden, sobald die Witterung dies gestattet, und die Stadt hat die Verpflichtung übernommen, die Baukosten bis zur Höhe von 28,000 Thlr., in Beträgen wie sie verlangt werden, zu zahlen. Hiernach können wir nun also mit Zuversicht der baldigen Erfüllung eines Jahre lang gehegten Wunsches entgegensehen.

Dem Ober-Staatsanwalt v. Tappelskirch hieselbst wird, dem Vernehmen nach, die durch Vererbung des bisherigen Vizepräsidenten v. Schrötter nach Bromberg erledigte Stelle bei der Regierung zu Posen übertragen werden.

Gestern wurde durch den Herrn General-Superintendenten Jaspis in der Schlosskirche der Konfistorial-Rath Küper als Superintendent der reformirten Synode eingeführt.

In der Maschinen-Werkstätte der Herren Brod u. Frücktenicht zu Bredow wird seit längerer Zeit an einer „calorischen Maschine“ gearbeitet, welche nach neuen Angaben des Herrn Siemens, Bruders des im Telegraphenwesen rühmlichst bekannten Herrn Siemens, konstruirt ist. Wie wir hören, wird dieselbe binnen Kurzem vollendet sein, und allen Berechnungen zufolge einen wirklich praktischen Werth erlangen. Bekanntlich ist der erste in Amerika gemachte Versuch mit einer solchen durch erwärmte Luft zu treibenden Schiffs-Maschine an den mechanischen Schwierigkeiten gescheitert, welche sich bei praktischer Anwendung des Prinzips dem Maschinenbauer damals entgegenstellten.

Börsenberichte.

Stettin, 4. Januar. Witterung: schön, Frost. Barometer 28" 2". Thermometer 3° Kälte. Wind SW.

Am heutigen Landmarkt hatten wir eine Getreide-Zufuhr bestehend aus: 4 W. Weizen, 8 W. Roggen, — W. Gerste, 1 W. Erbsen, 4 W. Hafer. Bezahlt wurde für Weizen 96 — 112, Roggen 92 — 96, Gerste —, Erbsen 90 — 94, Hafer 42 — 44 pro 26 Scheffel.

Weizen, behauptet. In loco 87,90% gelber 116 R. bez. Auf Lieferung 77 Frühl. 88,89% gelber Durchschnitts-Qualität 126 R. Br., 84,89% 115 R. Gd.

Roggen, fest. In loco 87% effektiv 77 82% 90 R. bez., eine Anhebung 77 82% 90 R. Br. 88 1/2 R. bez. Auf Lieferung 77 Januar und Januar-Februar 90 R. Br., 77 Februar-März 90 R. Gd., 77 Frühl. 91 R. Br., 90 1/2 R. Gd.

Gerste. In loco 74,75% 65 R. Br. Auf Lieferung 77 Frühl. 74,75% gr. pomm. 65 R. Br., bezgl. ohne Benennung 64 1/2 R. Br.

Hafer. In loco 51,52% 43 1/2 R. bez. 77 Frühl. 51,52% pomm. zu 43 R. regulirt. Heute do. 43 1/2 R. Br. 50,52% ohne Benennung 43 R. Br.

Erbsen, loco kleine Koch- 93 — 94 R. bez. Leinöl loco mit Faß 17 R. bez. und Gd., 17 1/2 R. Br. Rappfuchsen loco 2 1/2 R. Br.

Rübsöl, fester. In loco 17 1/2 R. Br., zuletzt bez. 17 1/2 R. Br., Januar, Januar-Februar 17 1/2 R. Br., Februar-März 17 1/2 R. bez., April-Mai 17 1/2 R. Br., Sept. Okt. 15 1/2 R. bez., R. und Geld.

Spiritus loco ohne Faß 11 1/10 — 3/8 % bez., mit Faß 11 1/10 % bez. Auf Lieferung 77 Januar 11 1/4 % bez., 77 Januar-Februar 11 1/4 % bez. und Gd., Februar-März 11 % Br., 77 Frühl. 10 1/4 % bez. und Geld, 10 1/8 % Br.

Zink loco 7 1/2 R. Br.

Die telegraphischen Depeschen melden: Berlin, 4. Januar, Nachmittags 2 Uhr. Staatsanleihe 85 1/2 % bez. Prämien-Anleihe 3 1/2 % 108 3/4 % bez. 4 1/2 % Staatsanleihe von 1854 101 bez. Berlin-Stettiner 164 bez. Stargard-Posener 92 1/2 % bez. Köln-Mindener 163 Br. Französisch-Österr. Staats-Eisenbahn-Aktien 120 1/2 Br. Wien 2 Mt. 91 1/2 % bez. Roggen 77 Januar-Febr. 89 1/2, 91 R. bez., Febr.-März 90, 91 R. bez., 77 Frühl. 90 1/2, 91 1/2 R. bez.

Rübsöl loco 18 1/2 R. Geld, 77 Januar 18 1/2 R. bez., 1/4 Gd., 77 Frühl. 17 1/2 R. bez.

Spiritus loco 31 1/2 R. bez., 77 Januar-Februar 31 1/2, 1/4 R. bez., 77 Februar-März 31 1/2 R. bez., 77 April-Mai 33 1/2 R. bez. 33 1/4 G.

Stettin, den 4. Januar 1856.

		Gefordert	Bezahlt.	Geld.
Berlin	kurz	—	—	—
Breslau	kurz	—	—	—
Hamburg	kurz	152	152	—
Amsterdam	2 Mt.	—	—	149 1/2
London	kurz	143 1/2	—	—
Paris	2 Mt.	—	—	—
Bordeaux	3 Mt.	—	6 22 3/4	—
Augusta'or	3 Mt.	—	—	—
Freiwillige Staats-Anleihe	4 1/2 %	—	—	—
Neue Preuss. Anleihe 1850/52	4 1/2 %	—	—	—
do.	1854	—	—	101
Staats-Schuldscheine	3 1/2 %	—	—	—
Staats-Prämien-Anleihe	3 1/2 %	109	—	—
Pomm. Pfandbriefe	—	97 3/4	—	—
Rentenbriefe	4 %	96 1/2	—	—
Ritt.Pomm.Bank-Act. à 500 Thlr.	—	—	—	—
incl. Dividende v. 1. Jan. 1855	—	618	—	—
Berl.-Stett. Eisenb.-A. Litt. A. B.	—	—	—	—
do. Prioritäts	4 1/2 %	102 1/2	—	—
Stargard-Pos. Eisenb.-Actien	3 1/2 %	—	—	—
do. Prioritäts	4 1/2 %	—	—	95
Stettiner Stadt-Obligationen	3 1/2 %	—	—	—
do. do.	4 1/2 %	101	101	—
do. Strom-Vers.-Actien	—	190	—	—
Preuss. National-Vers.-Act.	4 %	123	123	—
Preuss. See-Assec.-Actien	—	670	—	—
Pomerania See- u. Fluss-Vers.	—	113	112 1/2	—
Stettiner Börsenhaus-Oblig.	—	—	—	100
do. Schauspielhaus-Oblig.	5 %	103	—	—
do. Speicher-Actien	—	97	—	—
Vereins-Speicher-Actien	—	—	—	—
Pomm. Prov.-Zuck.-Sied.-Actien	—	—	—	—
Neue Stett. Zuck.-Sied.-Actien	—	1300	—	—
Walmühlen-Actien	—	1700	—	—
Stett. D.-Schleppsch.-Ges.-Act.	—	1500	—	—
do. Dampfschiff-Vereins-Act.	—	375	—	—
Pomm. Chaussee-Bau-Oblig.	5 %	104	—	—
Stettiner Portland-Cement-Act.	—	140	—	—
Neue Dampfer-Comp.	—	115	unabgest.	—

Barometer- und Thermometerstand bei C. F. Schulz & Co.

	Januar	Morgens 6 Uhr.	Mittags 2 Uhr.	Abends 10 Uhr.
Barometer in Pariser Linien auf 0° red. uirt.	3	337,63"	337,48"	337,72"
Thermometer nach Reamur.	3	— 4,1°	— 2,6°	— 5,1°

Literarisches.

— Im Verlage von Th. Grieben in Berlin ist so eben eine sehr empfehlenswerthe, äußerst praktische Karte des asiatischen Kriegsschauplatzes nebst Angabe der Aufstellung der russischen und türkischen Streitkräfte nach dem Gefechte am Ingur und der Eroberung von Kars, erschienen.

Wohlthätigkeit.

Zur Unterstützung der durch das Feuer auf dem Rosenbergschwer betroffenen armen Familien sind bei der unterzeichneten Redaktion überhaupt 141 Rt. 22 Sgr. 6 Pf. und ein Paket Kleidungsstücke eingegangen, von denen das letztere und 100 Rt. bereits früher und heute 41 Rt. 22 Sgr. 6 Pf. dem Herrn Stadtrath Marggraff von mir eingehändigt worden sind.

Stettin, 4. Januar 1856.

Redaktion der Stettiner Zeitung.

H. Schoenert.

(Eingekandt.)

Öffentliche Anerkennung.

Wie wir gehört haben, sind die Fußwege rechts und links über die Zuglappen der neugebauten Langenbrücke über den Oberstrom zuerst von dem hiesigen Königl. Steuer-Inспекtor Vorchardt in Vorschlag gebracht worden. Es ist dies eine so zweckmäßige, treffliche Einrichtung, daß dem Werke in Wahrheit der öffentliche Dank des Publikums gebührt. Der Herr Steuer-Inспекtor hat außer anderen guten Einrichtungen insbesondere auch die vorzügliche Konstruktion der Güterwagen auf den hiesigen Derrufen veranlaßt, wodurch der Handelsverkehr an Förderung sehr gewonnen hat. Mehrere Einwohner Stettins.